

## Beschluss Schützen wir die Menschen in NRW vor der Klimakrise – vorsorgen, investieren, Katastrophenschutz verbessern

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 21.08.2021  
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

### Antragstext

1 Noch immer ist das Ausmaß der Schäden der verheerenden Flutkatastrophe vom 14.  
2 Juli 2021 nicht komplett erfasst. Vor allem der Verlust von Menschenleben  
3 berührt uns tief. Durch das Hochwasser haben in Nordrhein-Westfalen nach  
4 aktuellem Stand 47 Menschen ihr Leben verloren, darunter auch vier  
5 Feuerwehrleute. Bundesweit waren es mindestens 180 und immer noch werden  
6 Menschen in Rheinland-Pfalz vermisst. Bei ihnen sind unsere Gedanken, ihren  
7 Angehörigen und Freund\*innen gilt unsere Anteilnahme.

8 Gleichzeitig rollt eine Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität durch unser  
9 Land. Unser Dank gilt den ehren- und hauptamtlichen Einsatzkräften sowie den  
10 unzähligen spontanen Helfenden, die seit dem 14. Juli fast pausenlos im Einsatz  
11 sind.

12 Viele Menschen in NRW stehen wortwörtlich vor den Trümmern ihrer Existenz. Den  
13 Wassermassen sind ganze Straßenzüge zum Opfer gefallen. Viele Brücken und  
14 Schienenstränge sind komplett zerstört. Die öffentliche Infrastruktur in den  
15 betroffenen Kommunen ist unter Schlamm, Schutt und Geröll begraben. Über 100  
16 Schulen und Kitas sind durch das Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen worden.  
17 Schlamm und Umweltgifte belasten Landschaften und Gewässer.

18 Die Flut und ihre Folgen werden das Leben vieler Familien noch lange belasten.  
19 Der Wiederaufbau wird immens viel Geld und noch mehr Zeit kosten. Es ist gut,  
20 dass mit den Soforthilfen schnell und unbürokratisch Hilfe geleistet wird. Diese  
21 muss nun auch wirklich bei den betroffenen Menschen, den Kommunen und Betrieben  
22 ankommen. Wir GRÜNE werden diesen Weg nach Kräften unterstützen.

23 Ein Tag wie der 14. Juli ändert für die Menschen in den Flutregionen alles. Und  
24 er mahnt uns alle: Wir brauchen sofort mehr Anstrengungen im Klimaschutz. Denn  
25 wir wissen, dass durch die Klimakrise Starkregen, Fluten ebenso wie extreme  
26 Hitze, Dürren, Waldbrände und Stürme zunehmen. NRW steht als Industrieland und  
27 als Kohleland in besonderer Verantwortung, seinen Beitrag zu leisten – nicht  
28 zuletzt zum Schutz der eigenen Bevölkerung. Längst geht es nicht mehr darum, zum  
29 Status von vor zwanzig Jahren zurückzukehren, sondern eine unkontrollierbare  
30 Verschärfung der Klimakrise abzuwenden, damit "Jahrhundertflut", "-sturm" oder  
31 „-dürre“ nicht im Dreijahrestakt kommen. Deshalb unterstützen wir GRÜNE NRW  
32 entschieden ein Klimaschutzs Sofortprogramm einer neuen Bundesregierung. Für NRW  
33 bedeutet mehr Klimaschutz konkret, endlich deutlich mehr Landesflächen für  
34 Windenergie auszuweisen, Solar zum Standard auf unseren Dächern zu machen, die  
35 Kohleverstromung bis 2030 zu beenden und die Grundlagen zu schaffen, damit auch  
36 die Dörfer im Rheinischen Revier erhalten bleibenerhalten werden können. Hier  
37 ist auch die Landesregierung mit konkreten Handlungen, z.B. beim Abstand von  
38 Windrädern, in der Verpflichtung. Wie kaum ein anderes Land wird NRW von einem  
39 „Klimapakt“ profitieren, der unserer energieintensiven Industrie Sicherheit im  
40 Wandel und dem Handwerk Aufträge durch Investitionen gibt – und bei dem das

41 Energiegeld vor allem Menschen mit geringeren und mittleren Einkommen bei der  
42 Umstellung auf klimaneutrales Leben unterstützt.

43 Nicht jede Naturkatastrophe ist eine unmittelbare Folge der Erderhitzung.  
44 Starkregen, heiße Sommer, Waldbrände und Sturmfluten gab es auch in der  
45 Vergangenheit. Aber die Heftigkeit, die Anzahl und die schnelle Abfolge der  
46 Extremwetterereignisse sind ein untrüglicher Indikator dafür, dass die  
47 Klimakrise längst da ist, vor unserer Haustür. Es gibt es kein Zurück mehr zum  
48 alten Klima. Deshalb ist die Anpassung an den Klimawandel so wichtig. Um Mensch  
49 und Umwelt in NRW vor der Klimakrise zu schützen, müssen wir Vorsorge betreiben  
50 und unsere Art und Weise überdenken, wie wir Häuser und Städte bauen. Der  
51 Wiederaufbau der Verkehrsinfrastruktur muss genutzt werden, klimaverträgliche  
52 Mobilität zu stärken; der Ausbau von Radwegenetz und Schiene soll bevorzugt  
53 werden. Wir müssen der Natur mehr Raum geben und unser Verhältnis zur Natur neu  
54 bestimmen. Und nicht zuletzt stehen wir in der Pflicht, unseren  
55 Katastrophenschutz deutlich zu verbessern, um Menschenleben bei solchen  
56 schrecklichen Ereignissen zu schützen.

57 Im Mittelpunkt steht für uns dabei die Vorsorge als Leitprinzip von Politik. Das  
58 fällt nicht immer leicht, weil Investitionen und Vorkehrungen getroffen werden,  
59 von denen unmittelbar niemand zu profitieren scheint, die aber in der Zukunft  
60 großen Schaden abwenden können. Das erzeugt auch politische und wirtschaftliche  
61 Zielkonflikte, etwa um die Nutzung von Flächen. Diese anzugehen und politische  
62 Lösungen zu finden, ist alles andere als leicht – aber es ist unser Auftrag.

## 63 **Stärken wir den Hochwasserschutz und geben der** 64 **Natur mehr Raum**

65 Um für künftige Starkregen und Überschwemmungen besser gewappnet zu sein,  
66 intensiveren wir den Hochwasserschutz. Dafür setzen wir auf bessere  
67 Risikobewertungen, verstärken den technischen Hochwasserschutz und bieten der  
68 Natur mehr Raum, damit sie zusätzliches Wasser aufnehmen kann, ohne Menschen zu  
69 gefährden.

70 Hochwasserrisiken besser einschätzen und Warnsystem ausbauen: Hochwasserrisiken  
71 wollen wir im gesamten Land neu bewerten. Denn die Klimakrise verändert die  
72 Maßstäbe. Vielerorts haben die Wassermassen und Pegelstände alle Szenarien  
73 übertroffen. Wir setzen uns daher für eine Überarbeitung der  
74 Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten sowie eine Ausdehnung auch  
75 auf kleinere Fließgewässer durch das Land ein. Zudem wollen wir die Kommunen bei  
76 der Erstellung von Starkregen-Gefahrenkarten stärker unterstützen. Als Grundlage  
77 für bessere Risikobewertungen und Warnung der Bevölkerung setzen wir uns für die  
78 Entwicklung und Einführung flächendeckender, dynamischer Niederschlags-Abfluss-  
79 Modelle und -Prognosen zur Vorhersage von Überflutungen bei Starkregen ein.  
80 Dafür wollen wir auch die Potenziale der Digitalisierung nutzen.  
81 Die beste Risikoberechnungen und Warnungen helfen aber nichts, wenn sie nicht  
82 richtig interpretiert werden und in konkreten Handlungsanweisungen für die  
83 Bevölkerung, Einsätzen oder auch Evakuierungen münden. Wichtig ist daher die  
84 Verzahnung unterschiedlicher Fachleute in den Verwaltungen sowie die  
85 Vorbereitung der Kreise und kreisfreien Städte auf möglichen  
86 Katastrophenszenarien. Wir brauchen schnellstmöglich wieder flächendeckend  
87 funktionstüchtige Sirenen und ein System von Warn-Nachrichten auf das Handy

88 (Cell Broadcasting) zusätzlich zu den bestehenden Warnsystemen. Warnungen müssen  
89 klar und verständlich sein sowie Handlungsanweisungen enthalten.  
90 Selbstverständlich ist der Staat in der Verantwortung, für den Schutz seiner  
91 Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Im Katastrophenfall ist es aber wichtig, dass  
92 die Menschen wissen, wie sie sich am besten verhalten sollen. Deshalb wollen wir  
93 die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung durch innovative Informationskampagnen  
94 stärken.

95 Hochwasserschutz mit der Natur, nicht gegen sie: Wir müssen das Wasser in der  
96 Landschaft halten. Denn wo Regen in unversiegelten Böden versickern kann und  
97 Flüsse sich auf unbebaute Gebiete ausdehnen können, werden Hochwasser  
98 abgeschwächt. Weder in großflächigen Siedlungs- und Gewerbegebieten noch auf  
99 tief entwässerten oder verdichteten Flächen der intensiven Landwirtschaft kann  
100 der Boden das Wasser mehr in ausreichendem Maß aufnehmen und eine Flutwelle so  
101 nicht mehr entscheidend reduzieren. Und wo Häuser zu nah an Gewässern oder an  
102 Hängen stehen, sind die Menschen großen Risiken ausgesetzt.

103 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat im Rahmen ihrer Deregulierungspolitik in  
104 den letzten Jahren zahlreiche Verschlechterungen beschlossen, die am Ende vor  
105 allem das Risiko erneuter Hochwasser und Flutkatastrophen erhöhen könnten. So  
106 soll die Bebauung in Rückhalteflächen wieder erlaubt werden. Das Ziel, den  
107 landesweiten Flächenverbrauch auf 5 ha/Tag zu begrenzen, wurde hingegen aus dem  
108 Landesentwicklungsplan gestrichen. Schwarz-gelb entzieht den Behörden sowohl die  
109 Möglichkeit, risikoreiche Bauvorhaben in Überschwemmungsgebieten zu verhindern  
110 und eine besondere Schutzzone entlang von Gewässern auszuweisen  
111 (Gewässerrandstreifen), als auch ein Vorkaufsrecht von Flächen zugunsten der  
112 naturnahen Gewässerentwicklung auszuüben. Dabei brauchen Land und Kommunen mehr  
113 Kompetenzen, um präventiven Hochwasserschutz zu betreiben, nicht weniger. Wir  
114 werden diese Änderungen wieder rückgängig machen. Zudem geht der Umbau zu  
115 naturnahen Gewässern viel zu langsam voran. Wir wollen die Europäische  
116 Wasserrahmenrichtlinie konsequent umsetzen und unseren Flüssen wieder mehr Raum  
117 geben. Denn naturnahe Gewässer mit intakten, strukturreichen Auenlandschaften  
118 sind ein wirksamer Beitrag zum Hochwasserschutz.

119 Technischen Hochwasserschutz stärken: Ergänzend zu ökologischen Hochwasserschutz  
120 müssen wir auch technische Möglichkeiten nutzen, um kurzfristig Wassermassen von  
121 bewohnten Gebieten fernzuhalten. Das Juli-Hochwasser hat unkontrolliert  
122 Kiesgruben und den Braunkohletagebau geflutet, mit großen Schäden für Mensch und  
123 Natur. Um Siedlungen zu schützen, brauchen wir mehr Möglichkeiten,  
124 Rückhaltebecken und Überflutungsflächen zu schaffen und bei Gefahr kontrolliert  
125 zu fluten. Deiche und Wälle müssen ertüchtigt werden.

126 Klimavorsorge für unsere Städte, Gemeinden und Infrastruktur: Auch wenn wir  
127 Überschwemmungen nicht allein durch einen besseren Städtebau verhindern können,  
128 so wissen wir doch: Jeder Kubikmeter, der versickert oder kontrolliert abläuft,  
129 kann helfen, das Fass nicht zum Überlaufen zu bringen. Schwammstädte mit  
130 unterirdischen Wasserspeichern und mehr Grünflächen, bepflanzte Dächer und Bäume  
131 in unseren Städten und Dörfern helfen nicht nur, große Wassermassen aufzufangen.  
132 Sie bilden auch einen Vorrat in Hitze- und Dürrephasen und spenden Kühlung. Wir  
133 wollen mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken,  
134 insbesondere bei der Klimaanpassung in den Kommunen.

135 Beim Wiederaufbau der Dörfer und Städte in den Flutgebieten kommt es jetzt  
136 darauf an, dass Häuser und Infrastruktur so gebaut werden, dass sich die Fehler  
137 der Vergangenheit nicht wiederholen und die neue Infrastruktur und neuen  
138 Häuserwiderstandsfähiger gegen die Auswirkungen der Klimakrise und die vermehrt  
139 zu erwartenden Katastrophen werden. Mit einem solchen „Neu-Aufbau“ müssen für  
140 die Bevölkerung und die Kommunen, wo es geht, Mehrwerte geschaffen werden: Neue  
141 Brücken über Bäche mit größeren Durchlässen versehen, Deiche zurückverlegen,  
142 Alternativstandorte für eventuell aufzugebende private Gebäude an Gewässern  
143 ausweisen, neue Straßen direkt mit Radwegen ausstatten, beim Aufbau der  
144 Bahnstrecken den Ausbau und Elektrifizierung mitdenken, Schulen mit der nötigen  
145 OGS-Mensa wiederaufbauen, neue Sporthallen direkt mit höchstem  
146 Energieeffizienzstandard bauen etc. Planung und Finanzierung dieses  
147 zukunftsweisenden Neu-Aufbaus müssen unbürokratisch möglich sein. Es darf keinen  
148 Planungs-, Finanzierungs- und Förderungs-Dschungel geben, wenn besser aufgebaut  
149 wird, als es zuvor war. Das Bedürfnis nach schneller Rückkehr zur Normalität  
150 trifft also auf die Notwendigkeit, die Mittel jetzt zukunftsgerecht einzusetzen.  
151 Um beides in Einklang zu bringen plädieren wir GRÜNE and der Seite der  
152 kommunalen Spitzenverbände für die Prüfung eines Sondergesetzes, das  
153 Klimaanpassung und Klimaschutz beim Neu-Aufbau gezielt stärkt und  
154 Vereinfachungen und Beschleunigungen bei Planungs- und Vergaberecht in den  
155 betroffenen Kommunen festschreibt. Sowohl Kommunen wie auch Private und  
156 Unternehmen brauchen wirklich unbürokratischen Zugang zu den Finanzhilfen und  
157 weitere Unterstützung.  
158 Die Flut hat auch zehntausende Heizungen zerstört und die Menschen müssen jetzt  
159 über die Investition in eine neue Heizungsanlage entscheiden. Dazu brauchen wir  
160 klare Förderanreize, damit in der Not eine zerstörte Ölheizung vor dem Winter  
161 nicht einfach nur durch eine neue Ölheizung, sondern z. B. durch eine  
162 klimafreundliche, effiziente Wärmepumpe ersetzt wird.  
163 Vorsorge und Absicherung stärken: Wir wollen Bürger\*innen gezielt unterstützen,  
164 ihre Häuser und Wohnungen widerstandsfähig zu machen. Dafür braucht es  
165 Förderprogramme ähnlich wie bei der ökologischen Gebäudesanierung, flankiert von  
166 entsprechenden Beratungsangeboten. Wir wollen uns auf Bundesebene dafür  
167 einsetzen, dass eine Versicherung von Elementarschäden Standard für alle wird.

## 168 **Stärken wir den Katastrophenschutz**

169 Der Katastrophenschutz ist laut Grundgesetz zuallererst Aufgabe der Länder. In  
170 den Ländern sind die Kreise und kreisfreien Städte die zuständigen  
171 Katastrophenschutzbehörden. Die konkrete Koordination und politische  
172 Verantwortung im Krisenstab in einer Großschadenslage oder eine Katastrophe  
173 obliegen zunächst den Oberbürgermeister\*innen oder Landrät\*innen. Das Rückgrat  
174 des Katastrophenschutzes bilden die überwiegend ehrenamtlichen Mitglieder der  
175 Hilfsorganisationen, der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks.  
176 Die dezentrale Organisation ist grundsätzlich sinnvoll, damit Hilfe schnell  
177 überall verfügbar ist und an die lokalen Besonderheiten angepasst werden kann.  
178 Die Akteure leisten großartige Arbeit. Es ist aber offensichtlich, dass beim  
179 Juli-Hochwasser das Zusammenspiel von Bund, Ländern und den Kommunen nicht  
180 ausreichend funktioniert hat. Das Ineinandergreifen des Gesamtsystems muss zur  
181 Rettung von Menschenleben und auch von Eigentum und Infrastruktur besser werden.

182 Denn bereits mehrere Tage im Voraus hatte das Europäische Hochwasserwarnsystem  
183 (EFAS) vor Starkregen und Überflutungen gewarnt. Die Warnungen wurden aber  
184 offensichtlich nicht überall wahrgenommen, interpretiert und die entsprechenden  
185 Entscheidungen, etwa zur Evakuierung, getroffen. Die Landesregierung kann die  
186 Verantwortung dafür nicht allen auf die Kommunen schieben und auf das  
187 funktionierende Warnsystem verweisen. Auch sie hat es versäumt, die Warnungen  
188 des Deutschen Wetterdienstes inhaltlich zu bewerten und Kontakt zu den Kommunen  
189 aufzunehmen. Das Innenministerium als für den Katastrophenschutz zuständiges  
190 Ministerium hätte Kontakt mit dem Umweltministerium in Fragen des  
191 Hochwasserschutzes, etwa bezüglich der Talsperren, aufnehmen müssen. Die  
192 Landesregierung hat darauf verzichtet, selbst Warnungen auszusprechen und dies  
193 allein den Kommunen überlassen. Es braucht eine gründliche, systematische und  
194 unabhängige Aufarbeitung der Flutkatastrophe, ihrer Ursachen und Folgen und  
195 Vorschläge für notwendige Strukturänderungen.

196 Gleichzeitig sehen wir schon jetzt, dass es an der Zeit ist, angesichts von  
197 großen Unwettern und Pandemien das Katastrophenschutzsystem grundsätzlich  
198 weiterzuentwickeln. Der Grundsatz für die künftige Zusammenarbeit zwischen Bund,  
199 Ländern und Kommunen im Katastrophenschutz muss weiterhin Dezentralität sein –  
200 aber mit einer starken Koordinierung. Ebenso muss die Notwendigkeit zur  
201 Vorbereitung auf absehbare Katastrophenlagen rechtlich stärker betont und die  
202 damit einhergehenden Kompetenzen auf den verschiedenen Ebenen eindeutig  
203 definiert werden.

204 Katastrophenschutzbedarfspläne zum Standard machen. Kommunen müssen sich besser  
205 auf unterschiedliche Katastrophenfälle vorbereiten und dabei von Landesseite  
206 unterstützt werden. Während für die alltägliche Gefahrenabwehr durch die  
207 Feuerwehren bereits in jeder Kommune Bedarfspläne erstellt und politisch  
208 beschlossen werden, ist das beim Katastrophenschutz in den Kreistagen und  
209 Stadträten der kreisfreien Städte noch nicht der Fall. Verpflichtende  
210 Risikoanalysen müssen die Basis für die Planungen der Kreise sein.  
211 Katastrophenschutzbedarfspläne sollen für unterschiedliche  
212 Katastrophenszenarien, wie etwa Hochwasser oder langanhaltende Stromausfälle,  
213 vorplanen. Daraus werden Personal, Ausstattung und finanzieller Bedarf  
214 abgeleitet. Der Plan sollte mindestens alle fünf Jahre politisch beschlossen und  
215 damit eine politische Legitimation und öffentliche Beachtung finden. Wir wollen  
216 das Katastrophenschutzgesetz ändern, um die Katastrophenschutzbedarfspläne  
217 verbindlich einzuführen.

218 Mehr Kompetenz und Verantwortung auf Landesebene als Unterstützung der Kommunen  
219 Das Land NRW muss die Kommunen besser unterstützen und im Fall größerer  
220 Katastrophen Kompetenzen an sich ziehen können. Kreise und kreisfreie Städte  
221 dürfen in einer solchen Lage nicht allein gelassen werden. Deshalb werden wir  
222 die Möglichkeit des landesweiten Katastrophenfalls gesetzlich festschreiben.  
223 Damit verbunden ist eine Katastrophenschutzplanung für das Land notwendig. Um  
224 die Kompetenzübertragung in einer Katastrophe von den Kreisen und kreisfreien  
225 Städte auf die Landesebene ausführen zu können, muss auf Landesebene die  
226 entsprechende Struktur geschaffen werden. Eine Katastrophenschutzbehörde kann  
227 dafür eine gute Lösung sein.

228 Zusammenarbeit von Bund und Ländern verbessern: Das Bundesamt für  
229 Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wollen wir zu einer Zentralstelle  
230 umbauen, die eine stärkere koordinierende Funktion ausfüllt. Damit einhergehen

- 231 u.a. verpflichtende Meldungen aus den Ländern, um in einer Lage Hilfe, z.B.  
232 Einsatzmittel besser und schneller koordinieren zu können. Das Land NRW muss  
233 seine bisherige Verweigerungshaltung aufgeben und für eine stärkere  
234 Zusammenarbeit von Bund und Ländern sorgen.
- 235 Schon lange ist klar, dass keine Region in Deutschland vor den Folgen der  
236 Klimakrise verschont bleiben wird. Auch NRW nicht. Die Klimakrise verschiebt die  
237 Risiko-Maßstäbe. Wir werden mit einer Politik der Vorsorge darauf reagieren.